

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

2.3.1929 (No. 52)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 5515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amenh,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder tret. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenschein gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der bayerische Gesandte in Berlin

Das Interview Dr. Helbs

Nach Münchener Meldungen steht die Abberufung des bayerischen Gesandten in Berlin, von Preger, bevor. Preger war als Nachfolger Dr. Helbs noch von Kurt Eisner nach Berlin entsandt worden. Als Nachfolger soll der frühere, der Bayerischen Volkspartei angehörende Justizminister Emminger in Aussicht genommen sein. Allerdings seien noch eine ganze Reihe weiterer Kandidaten vorhanden.

Die „Münchener Zeitung“ erklärt: Herr von Preger sei wegen der bekannten Vorgänge der letzten Wochen seines Amtes enthoben und somit ein Opfer von mancherlei Unstimmigkeiten zwischen München und Berlin geworden. In Wirklichkeit seien die Gründe grundsätzlicher Natur und auch die Anfänge der Münchener Unzufriedenheit mit dem Wirken der bayerischen Gesandtschaft in Berlin lägen viel weiter zurück. Man habe schon lange in der bayerischen Regierung den Eindruck einer unzulänglichen Vertretung und Unterstützung der bayerischen Politik in Berlin, besonders, seitdem der Kampf Bayerns um seine staatliche Existenz und um sein staatswirtschaftliches Lebensrecht immer stärkere Formen annahm. Es wird bezweifelt, daß Herr von Preger die Bedeutung gerade dieser Verhandlungen so innerlich mitfühle, wie das zu wirkungsvoller Vertretung unbedingt notwendig sei.

Die Unterredung, die der bayerische Ministerpräsident Dr. Helbs am 2. Februar mit dem amerikanischen Journalisten *Mowrer* hatte — von Preger hatte den Wortlaut des Interviews vor der Veröffentlichung durchgesehen und nicht beanstandet —, zieht weitere Kreise. Die demokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, eine Interpellation im Reichstag einzubringen, die sich im besonderen auf die angeblichen Äußerungen Dr. Helbs über die Anschlussfrage beziehen wird.

Die „Münch. N. N.“ vergleichen die Darstellung *Mowrers* in der „Chicago Daily News“, dem von der deutschen Botschaft in Washington gelabelten Auszug. Die ursprüngliche Fassung in der „Chicago Daily News“ sei amerikanisch, mit einleitenden und verbindenden Sätzen versehen, durchaus erkennbar als der freie Ertrag einer längeren Unterhaltung. Die deutsche Botschaft habe mit ihr etwa das getan, was Bismarck einst mit der Emser Depesche tat, d. h. einen offensichtlich tendenziösen Auszug hergestellt, so tendenziös, daß eine mehr als baherische Feder hier redigierte. Als ein Beispiel der vielen (sie ließen sich Satz für Satz vermehren) führt das Blatt an: Die Botschaft tabelt als Äußerung Helbs: „Wir würden niemals dazwischen gehen, einem zentralisierten Deutschen Reich, das ausschließlich von Berlin regiert wird, beizutreten.“ In dem Original bezieht sich dieser Satz auf die *Streichfeder* („Sie würden usw.“) und Helbs antwortet auf die Frage, wie es mit der Drohung der Trennung vom Reich steht, wörtlich und kein Nabel meldet eine Silbe davon: „Das ist das dumme Geschwätz verantwortungsloser Narren. Vor allem in Süddeutschland sprechen wir scharf, aber wir sind nicht verrückt. Wir sind ebenso gute Patrioten wie irgend jemand, aber gleichzeitig wollen wir Bayern bleiben.“ Die Botschaft tabelt ferner als Helbs Meinung: „Das bayerische Volk ist der Berliner Unterdrückung einfach müde.“ Sie tabelt nichts von Helbs Nachsatz: „Es ist nicht meine Aufgabe, die Bayern aufzuregen, sondern sie zu beruhigen. In gleicher Zeit muß ich für sie kämpfen. Diese doppelte Aufgabe ist schwierig.“

Der Ursprung eines englischen Kriegsmärchens

WEL. London, 2. März. Die hiesigen Blätter veröffentlichen ein Schreiben des deutschen Botschafters, in dem er die Behauptung Sir Berkeley Mounihans, daß von deutscher Seite während des Krieges Bomben mit Festballen abgeworfen worden seien, offiziell dementiert. „Times“ und andere Blätter verbreiten zugleich eine ganz laune Erwiderung Sir Berkeley Mounihans, in der dieser als einzige Stütze für seine Behauptung eine Stelle aus der britischen „amtlichen Geschichte des Krieges“ zitiert, in der es heißt, im Januar 1918 habe der Sanitätsdienst der britischen 5. Armee berichtet, daß das bewegliche Laboratorium in ihrem Gebiet „einiges Material, das von einem feindlichen Ballon abgeworfen wurde, geprüft hat, und daß Bazillen, die dem Bazillus pestis ähneln, isoliert worden sind.“

In „Daily Telegraph“ erklärt Oberst Stevenen Lyle Cummins, der seit April 1918 Berater für Pathologie bei dem griechischen Heere in Frankreich war, es könne „ganz bestimmt“ mitgeteilt werden, daß niemals etwas derartiges zu seiner Kenntnis gelangt ist. Er glaube auch nicht, daß es überhaupt vorgekommen sei, schon wegen des Risikos für die Deutschen selbst, wenn infizierte Massen aus britischen Schützengräben in deutsche gekommen wären.

Ein Sudeten deutscher Gedenktag. Zum Gedächtnis der vor zehn Jahren von tschechischen Soldaten getöteten 117 Sudeten deutschen Verhafteten die Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Nationalsozialisten im Abgeordnetenhause in Prag Kundgebungen, wobei sie die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Sudeten Deutschen erhoben.

Wilhelm v. Bode †. Erzengel Wilhelm v. Bode, der Kunstforscher und Organisator der Berliner Museen, ist am Freitag im 64. Lebensjahre gestorben. Wilhelm v. Bode, ein Braunschweiger, war von Hause aus Jurist. Er wandte sich bald der Kunstgeschichte zu und begann seine Laufbahn 1872 als Assistent an den Berliner Museen. 18 Jahre darauf wurde er Direktor der Gemäldegalerie und nach weiteren 16 Jahren Generaldirektor der königlichen Museen. Er hatte dieses Amt bis 1920 inne.

Letzte Nachrichten

Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten

Keine Umbildung der Reichsregierung

WEL. Berlin, 2. März (Tel.) Der Reichskanzler berichtete heute vormittag dem Reichspräsidenten über seine Bemühungen, eine Regierung auf breiter Grundlage zu schaffen; nach den Verhandlungen mit den beteiligten Fraktionen habe er feststellen müssen, daß zur Zeit eine solche Umbildung der Reichsregierung nicht möglich ist. Der Reichskanzler schlug daher dem Reichspräsidenten vor, daß die Reichsregierung ohne Veränderung ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung im Amt bleibe. Der Reichspräsident stimmte diesem Vorschlag zu.

Die Pariser Konferenz

Vollziehung am Montag

WEL. Paris, 2. März. (Tel.) Gavaud meldet: Der Reparationsfachverständigenausschuß hat auf Montag vormittag eine Vollziehung anberaumt, in deren Verlauf die Schlussfolgerungen besprochen werden sollen, zu denen die eingesehenen Unteranschüsse gelangt sind.

Gegenwärtig ist die erwartete Pause in den Verhandlungen eingetreten. Die Kommissionsitzungen ruhen im Augenblick. Dagegen werden die Einzelbesprechungen weitergeführt. Aber die Abhaltung einer Vollziehung ist im Augenblick noch nichts bestimmt.

Der Bericht Lord Revestates

WEL. Paris, 2. März. (Tel.) Nach dem „New-York-Herald“ wird der Bericht, den Lord Revestates in der Vollziehung des Reparationsfachverständigenausschusses erstatten wird, folgende Lösung vorschlagen:

Schaffung von Trustees (Treuhandern), die auf kommerzieller Grundlage tätig sein würden, ohne politischen Charakter, und mit dem Auftrag, die Reparationskommission zu ersetzen. Diese Trustee-Vereinigung würde damit beauftragt werden:

1. die Obligationen zu verwalten, die für die Bezahlung der Reparationen geschaffen werden könnten;
2. die Frage der Sachlieferungen zu lösen;
3. die Frage des Transfers in der zu regeln.

Den Trustees werde ein beratendes Komitee beigegeben werden, das etw. sogar völlig durch die Trustees absorbiert werden könnte.

Kaisers Berliner Aufenthalt

pr. Berlin, 2. März. (Priv.-Tel.) Geheimrat Kahl, der seinen Pariser Aufenthalt unterbrochen hatte, wird, wie die „W. Z.“ erfährt, bereits heute abend wieder von Berlin abfahren. Generaldirektor Winter, der ebenfalls Paris verlassen hatte, ist nicht nach Berlin gefahren, sondern hat sich nach München begeben. Auch seine Abreise dürfte so rechtzeitig erfolgen, daß er spätestens am Montag wieder in Paris ist.

Neue Auffandsbewegung in Spanien?

WEL. London, 2. März. (Tel.) Der Sonderberichterstatter der „Morning Post“ meldet von der spanischen Grenze: Die spanische Regierung hat von einer neuen Versuchung Kenntnis erlangt, deren Hauptquartier in Barcelona ist. Es ist zur Zeit noch zweifelhaft, ob die Regierung in der Lage sein wird, genügend Verbindungen vorzunehmen, um den erwarteten Aufstand innerhalb weniger Tage vollkommen zu unterdrücken, denn die Bewegung ist verbreiteter als die vorherige. Eine große Zahl unzufriedener Infanterieoffiziere und Mannschaften sind gemeinsame Sache mit den nach der Erhebung von Ciudad Real entlassenen Artilleristen. Die Flotte wird wahrscheinlich der Regierung loyal bleiben. Alle Schiffe werden in Eile mit voller Kriegsausrüstung für gewisse Notfälle versehen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß Unruhen während des augenblicklichen Besuchs der britischen Flotte ausbrechen werden. Laut „Morning Post“ stammt obige Meldung aus zuverlässiger Quelle in Spanien.

Hoovers Kabinettsbildung

WEL. New York, 2. März. (Tel.) Der Washingtoner Korrespondent der „New York Times“ meldet, daß Hoover der früheren Gouverneur von Missouri, Hyde, als Landwirtschaftsminister gewählt hat. Es ist also nur noch der Posten des Handelsministers zu besetzen. Coolidge verabschiedete sich gestern sichtlich bewegt von seinen langjährigen Mitarbeitern.

Meuterei eines Regiments in Peking

WEL. Peking, 2. März. (Tel.) Heute morgen meuterte unvermutet ein Regiment Nordtruppen, wodurch im Osten der Stadt große Unruhe entstand. Etwa 20 Artilleristen in Zivil fielen über die Schanzwachen in der Nähe des Lamatempls her, entwarfen sie und gaben blinde Schüsse ab. Hierauf verschanzte sich das meuternde Regiment in dem Tempel und eröffnete ein heftiges Gewehrfeuer nach der Straße. Die Behörden nahmen Truppen in Anspruch, die den Tempel umzingelten, das Feuer zum Schweigen brachten und mit der Entwaffnung der Meuterer begannen. Die Ruhe ist wieder hergestellt. Die Zahl der Opfer ist nicht bekannt.

Der deutsch-südafrikanische Handelsvertrag wurde durch das südafrikanische Parlament mit 62 gegen 51 Stimmen ratifiziert. Premierminister Herings erklärte, daß die Regierung nicht beabsichtige, den Vertrag dem Senat, in dem die Opposition die Mehrheit hat, zu unterbreiten.

* Endgültiges Scheitern der Großen Koalition

Die gestrigen Besprechungen des Reichskanzlers mit den Führern der für die Bildung der Großen Koalition in Betracht kommenden Parteien einschließlich des Zentrums haben zu keinem Resultat geführt. Damit dürften die Versuche zur Bildung einer festgefühten Koalition erschöpft sein. Eine Regierungskrise in akuter Form wird gottlob vermieden werden können, da das Kabinett entschlossen ist, zusammenzubleiben und den Etat vor dem Reichstag zu vertreten. Die Parteien werden dann im Reichstag Farbe bekennen müssen. Sie werden sich vor die Frage gestellt sehen, ob sie die Regierung weiter amtierem lassen wollen, oder ob sie einen Sturz des Kabinetts in diesem Augenblick für angemessen halten, in diesem Augenblick, in welchem die Reparationsverhandlungen am kritischen Punkt angelangt sind. Das Kabinett wird offenbar nicht zögern, jeweils die Vertrauensfrage zu stellen.

Die Koalitionsverhandlungen sind gestern gescheitert, weil die Deutsche Volkspartei auf ihrer Forderung beharrte, daß man sich zuvor über die sogenannten „sachlichen Voraussetzungen“, das heißt über das Steuer- und Finanzprogramm, einigen müsse, und daß dann erst eine feste Bindung der Reichstagsfraktion an die Regierung erfolgen könne. Reichskanzler Müller hatte seinerseits einen Vorschlag ausgearbeitet, welcher der Auffassung der Deutschen Volkspartei soweit entgegenkam, daß auch die beiden dieser Partei angehörenden Minister Dr. Stresemann und Dr. Curtius, für den Vorschlag stimmten. Es sollte wohl eine Bindung der betreffenden Fraktionen erfolgen, aber gleichzeitig sah der Vorschlag die Bildung von zwei Ausschüssen vor, in welchen alle schwierigen Fragen behandelt werden sollten. Der zweite dieser Ausschüsse sollte die Aufgabe haben, eine Klärung und Einigung in der Frage der Steuern herbeizuführen. Alle Parteien waren für den Vorschlag zu haben, nur die Deutsche Volkspartei unter Führung des Herrn Scholz lehnte strikte ab.

Mit Recht wird jetzt in der Presse auf den merkwürdigen Zustand hingewiesen, daß Dr. Stresemann und Dr. Curtius in einem Kabinett sitzen, welches von ihrer eigenen Partei formell nicht unterstützt wird, und daß sie einen Etat mitvertreten werden, der von ihrer Partei nicht gebilligt wird. Wir nähern uns mit dieser ganzen Entwicklung dem seinerzeit schon von dem Reichskanzler Hermann Müller angestrebten und auch von Dr. Stresemann und neuerdings von dem früheren Reichsminister Kühl empfohlenen „Kabinett der Persönlichkeiten“. Prinzipiell stände ja auch der Hereinnahme von hervorragenden Persönlichkeiten des Zentrums ins Kabinett nichts im Wege.

Der gestrige Tag hat insofern ein Gutes gehabt, als er nun endlich Klarheit brachte, und insofern, als sich das Reichskabinett zu selbständigem Handeln entschloß. So hätte es ja unter keinen Umständen weitergehen können. Die ganze Initiative wird jetzt bei dem Kabinett liegen. Ohne auf unfruchtbare Besprechungen mit den Fraktionen angewiesen zu sein, wird es die direkte Fühlung mit dem Parlament aufnehmen und dort die Entscheidungen suchen. Wir können uns nicht denken, daß die Parteien leichtfertig die Verantwortung für einen Sturz der Regierung auf sich laden werden.

Eine Freude an der ganzen Krise haben lediglich die Deutschnationalen und die Rechtsradikalen. In der Presse dieser Parteien wird bereits erklärt, daß das parlamentarische System sich totgelaufen habe, daß am Ende des Weges eine Regierung stehe, die unter keinen Umständen eine parlamentarische sein wird, und daß die Entscheidung darüber nicht mehr fern sei. In der Hand der republikanischen Parteien bzw. aller Parteien, denen es auf eine ruhige Entwicklung unseres politischen Lebens ankommt, liegt es jetzt, diese Prophezeiungen zu nichte zu machen. Wenn auch die Aussichten für etwaige Staatsstreichversuche nicht günstig sind, so würden diese Versuche doch innerpolitisch und außenpolitisch großes Unheil über uns bringen.

Der neue Präsident der Reichsschuldenverwaltung, Dr. Katicus, der bisher als Ministerialdirektor im preussischen Landwirtschaftsministerium tätig gewesen ist, wurde am Freitag in Berlin im Auftrag des Reichsministers der Finanzen durch Staatssekretär Prof. Dr. Popik in sein Amt eingeführt. Er leistete dabei den besonderen Eid auf Grund des § 80 der Reichsschuldenverwaltung.

Aus dem Reichstag

Verfassungsreform — Für die älteren Angestellten

Die Aussprache über Verfassungsreformen, die in der Reichstagsitzung am Freitag durch Überweisung des volksparteilichen Antrags an den Rechtsausschuss ihren Abschluß fand, war wesentlich beeinflusst durch das mit ihr zusammenfallende Scheitern der Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition. Die Redner der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten, Kommunisten und der Christlich-nationalen Bauernpartei wollten von den Anträgen der Volkspartei deshalb wenig wissen, weil sie überhaupt von der Weimarer Verfassung wenig wissen wollten. Die Deutschnationalen verlangten eine grundlegende Änderung unter Stärkung der Macht des Reichspräsidenten auf Kosten der Macht des Parlaments. Die Nationalsozialisten sind für den Faschismus, die Kommunisten für die Rätediktatur. Die übrigen Parteien aber, die Anhänger der Weimarer Verfassung sind, hatten auch nicht viel übrig für den volksparteilichen Antrag. Sie meinten, er wäre ein ungeeignetes Mittel zur Abstellung der bestehenden Übel. Das Übel liege in den bei uns von den Fraktionen geübten Methoden. Bei dieser Auseinandersetzung wurde in Reden und Zwischenrufen besonders gegen die Volkspartei allerlei ausgebrüllt. Dr. Wirth vom Zentrum meinte geradezu, das Verbleiben der volksparteilichen Minister in der Regierung ohne Stützung ihrer Fraktion sei unvereinbar mit dem parlamentarischen System. Im Rechtsausschuss — die von den Deutschnationalen verlangte Einsetzung eines besonderen Verfassungsausschusses wurde abgelehnt — wird die Aussprache über Verfassungsreform fortgesetzt werden. Es ist aber kaum darauf zu rechnen, daß etwas Praktisches herauskommt. Das hat sich schon bei der Behandlung des volksparteilichen Antrages im Plenum gezeigt. In der Freitagssitzung wurde auch ein vom Sozialpolitischen Ausschuss vorgelegter Gesetzesentwurf angenommen, der die Stellung der älteren Angestellten in der Angestelltenversicherung verbessert. Seine wesentliche Bestimmung ist die, daß über 60 Jahre alte Angestellte, die ein Jahr lang arbeitslos gewesen sind, die Altersgrenze bekommen sollten, und daß die Wartezeit für den Bezug der Unterstützung auf 60 Betragsmomente festgesetzt werden soll.

Die nächste Plenarsitzung wird erst am 13. März stattfinden. Auf ihrer Tagesordnung steht der Nachtragsetat für 1928 und der Etat für 1929. Die Parteien der Rechten verlangen in Anträgen und Interpellationen, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann sich bei nächster Gelegenheit auch über die Enthüllungen über das angebliche belgisch-französische Militärabkommen äußern soll.

Austausch der Ratifikationsurkunden zum Kellogg-Pakt

In Washington werden sich heute, Samstag, die diplomatischen Vertreter von 11 der 15 Staaten, die den Kellogg-Pakt in Paris unterzeichnet haben, in Kelloggs Arbeitszimmer im Staatsdepartement einfinden und gleichzeitig die Ratifikationsurkunden mit dem Staatssekretär austauschen. Von Belgien, Frankreich, Japan und Polen sind die Ratifikationsurkunden noch nicht eingetroffen, aber die Vertreter der übrigen 11 Staaten wollen am letzten Tage der Amtstätigkeit des Staatssekretärs ihm durch diese feierliche Zeremonie eine besondere Aufmerksamkeit erweisen.

Die französische Kammer hat übrigens am Freitagabend den Kellogg-Pakt mit 570 gegen 12 Stimmen angenommen. Dagegen gestimmt haben die Kommunisten.

Amerika und das deutsch-französische Kalifartell

Aber die Beilegung des Streits zwischen der amerikanischen Regierung und dem deutsch-französischen Kalifartell wird noch berichtet: Das nun unterzeichnete Abkommen beendet die bekannte Kalifkontroverse. Es sichert die ungehinderte Belieferung und Entwicklung des amerikanischen Marktes mit deutschen und französischen Kalifsalzen durch die derzeitige Organisation. Die amerikanische Regierung nahm zugleich mit der Unterfertigung des Abkommens eine Erklärung entgegen, daß es die Absicht der beiden Verkaufsorganisationen sei, die Absatzentwicklung auch künftig zu fördern durch eine faire und vernünftige Verkaufspolitik mit einer Preisgestaltung, basiert auf normalen Erwägungen der Bedürfnisse einer Industrie zu ihrer Entwicklung.

Die deutsch-tschechoslowakischen Handelsbeziehungen

Im tschechoslowakischen Abgeordnetenhaus wurde am Donnerstag bei der Debatte über den Handelsvertrag mit Frankreich von mehreren Abgeordneten gefordert, im wirtschaftlichen Interesse auch mit jenen Staaten in nähere Beziehungen zu treten, die von der Tschechoslowakei am meisten abtaufen, wie Deutschland, Österreich, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien. Der deutsche Nationalsozialist Stimm erklärte bei der Debatte u. a., daß auch zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich noch Verträge nach der Art der Geheimabmachung zwischen Frankreich und Belgien bestünden. Der Berichterstatter des Ausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe, der sich über die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland verbreitete, bemerkte, daß die Aussichten einer baldigen Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Deutschland günstig seien.

Keine Regierungsumbildung in Frankreich

In den Wandelgängen der französischen Kammer gelten, wie Sabas berichtet, die Gerüchte von der Möglichkeit einer baldigen Umbildung der Regierung, die in Umlauf waren, vollständig als erledigt. Man begründet diese Annahme nicht nur mit dem Beschluß der radikalen Kammerfraktion, in ihrer derzeitigen Haltung zu verharren, sondern auch mit einer Pointe zugespitzten Äußerung; der Ministerpräsident soll nämlich gesagt haben, er werde nur zurücktreten wenn er entsprechend den parlamentarischen Regeln in die Minderheit verweist werde.

Die deutsche Delegation für die Märztagung des Bitterbundesrates ist Freitagabend nach Genf abgereist.

Täglich 66 Tote durch Unfall. Im vergangenen Jahr wurden über 1 Million Unfälle allein in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben gezählt. Insgesamt haben sich in Deutschland in diesem Zeitraum sicher über 2 Millionen Unfälle ereignet. Nahe 24 000 Menschen, davon etwa ein Drittel in den bei den Berufsgenossenschaften versicherten Betrieben, haben dabei ihr Leben verloren. Also täglich 66 Tote durch Unfall!

Arbeitslosenzusammenrottungen in Charlottenburg. Freitag vormittag kam es zu großen Arbeitslosenversammlungen vor dem Arbeitsamt Charlottenburg. Die Arbeitslosen nahmen eine drohende Haltung gegen den Vorsteher des Arbeitsamtes an und versuchten in das Arbeitsamt einzudringen. Hauptursache durch den Kohlenmangel erzeugt, forderten sie dringend, daß man ihnen mehr Unterstützungsgelder und Kohlen bewillige. Die Demonstranten mußten von der Polizei zerstreut werden.

Die Utrechter Enthüllungen

Man bemerkt

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist in der Besprechung, die der deutsche Botschafter in London im englischen Außenministerium hatte, Abereinstimmung der deutschen und englischen Auffassung dahin festgestellt worden, daß der Abhang von Locarno seinen Wert verlieren würde, wenn die Unparteilichkeit Englands durch einseitige Abmachungen mit Frankreich und Belgien, deren Spitze sich gegen Deutschland richtet, beeinträchtigt würde. Von englischer Seite ist dazu erneut erklärt worden, daß keinerlei Zusammenarbeit englischer militärischer Vertreter mit militärischen Vertretern Frankreichs und Belgiens stattgefunden hätte. Ferner hat der französische Außenminister dem deutschen Botschafter in Paris im Laufe einer diplomatischen Unterhaltung erklärt, daß die Veröffentlichung von Anfang bis zu Ende eine Fälschung darstelle. Auch in Brüssel wird erklärt, daß das von „Utrechtsch Dagblad“ veröffentlichte Schriftstück in allen Stücken erfunden sei.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt zu den neuen Enthüllungen des „Utrechtsch Dagblad“, daß nunmehr wohl nur noch sehr wenige Menschen an der Echtheit des Stückes zweifeln könnten. Allerdings bleibe im Hinblick auf die im englischen Parlament gegebene Regierungserklärung auch nach der vollständigen Veröffentlichung des Geheimdokuments noch ein Punkt unaufgeklärt, nämlich die Frage des belgisch-englischen Militärabkommens vom Jahre 1927, das in dem Dokument mehrfach erwähnt werde.

Bezieht dieses Dokument auf der Phantasie der belgischen und französischen Generale? Wir können es nicht entscheiden, so sagt das Blatt, doch die ausländischen Zeitungen, die danach verlangen, die „Fälschungen“ des „Utrechtsch Dagblad“ zu demaskieren, haben nun jedenfalls das, was sie gewünscht hätten: Ein vollständiges Stück mit den notwendigen Namen. Eine Unterfuchung eine „Demaskierung“, kann also ihren Verlauf nehmen. Wir bitten ab.

W. Brüssel, 2. März. (Tel.) Die Staatsanwaltschaft hat in der Angelegenheit der vom „Utrechtsch Dagblad“ veröffentlichten Schriftstücke eine Unterfuchung eingeleitet.

Eine Programmrede Lloyd Georges

Auf einem Frühstück in London hielt am Freitag Lloyd George vor 400 liberalen Parlamentskandidaten seine Programmrede über die Wahlpolitik. Er erklärte u. a., daß die kommenden Neuwahlen die bedeutendsten der Jetztzeit sein werden. Die konservative Regierung habe ihre Freunde enttäuscht. Lloyd George schloß die Rede mit der Versicherung, daß er die seit Antritt der konservativen Regierung größer geworden sei. Die überflüssige Mühe zum Goldstandard sei die Ursache der Arbeitslosigkeit in der Kohlenindustrie im Jahre 1926 gewesen.

Unter großem Beifall erklärte Lloyd George, daß er stets für eine Freundschaft mit Frankreich gewesen sei, aber England sei keine französische Provinz. Das britische Reich sei ein unabhängiger Konzern und müsse in den Räten der Menschheit für sich selbst sprechen. Die Anzulänglichlichkeit der konservativen Regierung sei eine öffentliche Gefahr, und die Sozialisten seien die einzigen, die aus der Unbeliebtheit der Regierung Nutzen zögen. Lloyd George trat dann für rücksichtslose Beschneidung der unproduktiven Ausgaben, für energische Bekämpfung der chronischen Arbeitslosigkeit ein. Für den Fall einer Übernahme der Regierung durch die liberale Partei stehe die Partei mit einem Arbeitsplan bereit, der die fürchtbare Arbeitslosigkeit im Laufe eines Jahres auf die normalen Verhältnisse herabsetzen wird, ohne die Besteuerung um einen Pfennig zu vermehren.

Die Ausführungen Lloyd Georges fanden stürmischen Beifall.

Eine Angriffsrede Bilsudskis gegen den Sejm

In der Sitzung des polnischen Sejms am Donnerstag kritisierte Bilsudski in einer Rede scharf den Parlamentarismus, der sich in üblen Formen bewege, die im Widerspruch zum Recht stünden, weshalb auch im Sejm keine Arbeit geleistet werde. Die traurige Geschichte der bisherigen polnischen Militärbudgets wisse nur von Diebstahl und weitgehenden Defraudationen. Er lenne Fälle, in denen der Kriegsminister aus den Geldern des Militärbudgets für die Sejmabgeordneten üppige Trinkgelage mit Mädchen aus öffentlichen Häusern veranstaltet habe. Aus den Militärbudgets habe man nicht nur die Geliebten der Abgeordneten, sondern auch die Parteien ausgehalten. Zum Schluß seiner Rede polemisierte Bilsudski noch gegen verschiedene vom Sejm im Militärbudget vorgenommene Streichungen und verteidigte vor allem den Dispositionsfonds, da er vor allem zum Kampf gegen die Spionage bestimmt sei, denn Polen sei ein Paradies für Spione.

Zeitungsverbot in Ostpreußen. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat gemäß § 8 Ziffer 1 und 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik das „Ostpreussische Tageblatt“ in Insterburg wegen eines Artikels, der eine grobe Beschimpfung und Gerabwürdigung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform enthält, auf die Dauer von vier Wochen verboten.

Der französische Außenminister Briand wird am Sonntagvormittag nach Genf fahren.

In der Landesheilanstalt Dörben bei Magdeburg hat sich der Mörder des Brauerereibesizers Freydan, Erich Schmidt, das Leben genommen. Schmidt war schon bald nach seiner Verhaftung in die Irrenanstalt gebracht worden, weil man ihn als schwachsinigen Menschen erkannte.

Durch die Aufmerksamkeit eines Wodwärters wurde, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, der Berlin-Hamburger D-Zug bei Karstädt vor einer Katastrophe bewahrt. Der Zug wurde angehalten, da der Wodwärtler beobachtet hatte, daß der Speisewagen schwankte und auf einer Seite hing. Bei der Unterfuchung wurde festgestellt, daß das eine Köpfschellenlager vollkommen ausgeschmort war, ebenfalls war die eine Feder des Speisewagens weggerissen.

Nachdem erst am Mittwoch in der fünften und letzten Klasse der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie das große Los gezogen worden war, warf das Glück auch am Freitag wieder einen sehr erheblichen Gewinn im Betrag von 300 000 M auf Los Nr. 138 122 aus. In Abteilung I wurde das Los in Berlin, in Abteilung II in Landshut in Bayern gespielt.

Universität Köln. Das Sommersemester 1929 beginnt am 15. April. Vorlesungsbeginn: Dienstag, den 30. April. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitätssekretariat gegen Einzahlung von 50 Pf und 15 Pf Porto bezogen werden.

Badischer Teil

Badischer Landtag

OB. Karlsruhe, 1. März

(Fortsetzung des Berichts aus der gestrigen Nummer.) Es folgt die Beratung der Anträge der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung, des Zentrums und der Kommunisten zur

Wohnungszwangswirtschaft

Der Berichterstatter Abg. Dr. Reubach (Ztr.) geht auf die geltende Gesetzgebung und Rechtslage näher ein und empfiehlt namens des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung, die Anträge der bürgerlichen Parteien durch die Verordnung des Ministers des Innern vom 11. Januar d. J. (Befreiung von den Wohnungsmangelvorschriften in Gemeinden, wo kein Wohnungsmangel mehr besteht), für erledigt zu erklären, ferner die Regierung zu ersuchen, mit der Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft entsprechend den wirtschaftlichen Verhältnissen Wadens fortzufahren.

Dem Kommunistischen Antrag, der eine Verschärfung der Bestimmungen verlangt, soll die Zustimmung verweigert werden. Zu bemerken ist, daß von den 40 badischen Amtsbezirken nur die Gemeinden zweier Amtsbezirke — Willendorf und Wehrhüch — völlig von den Wohnungsmangelvorschriften befreit sind. Im übrigen sind in Baden zum mindesten immer noch 23 000 Familien ohne Wohnung.

Aussprache

tritt Abg. Ewentaub (Ztr.) grundsätzlich dafür ein, daß die Wohnungszwangswirtschaft nach und nach abgebaut und beseitigt wird. Man solle zweckmäßig und vernünftig vorgehen und keineswegs die Mieter schädigen, andererseits aber auch die Interessen der Hausbesitzer im Auge behalten. Wir billigen die Gründe, die den Minister zu seiner Verordnung veranlaßt haben, und sind mit dem Ausschussantrag einverstanden. In der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges wäre es verfehlt, der Regierung einen bindenden Auftrag zu geben.

Abg. von Au (Wirtsch. Bg.) ist der Auffassung, daß man die Wohnungsfrage aus ihrem wirtschaftlichen Rahmen herausgerückt und in den politischen Meinungskampf hineingestellt habe. (Widerspruch.) Der Redner fordert planmäßige Klärung zu normalen Verhältnissen im Wohnungswesen. Die große Masse lebe heute noch auf Kosten der Wohnung. (Lebhafte Zwischenrufe von Zentrums- und sozialdemokratischer Seite.) Wenn man jetzt an Stelle der Wohnungsnot die wirtschaftlichen Verhältnisse setze, so werde man nie zur Beseitigung der Wohnungswirtschaft kommen.

Abg. Dr. Waldeck (D. Bpt.) stellt fest, daß der Antrag seiner Fraktion durch die Verordnung des Ministers überholt sei. Zu Herrn von Au: Was würden Sie sagen, wenn wir Ihnen vorhielten, Ihre Ausführungen beruhen auf politischer Erwidmung! (Aufe: Sehr gut!). Redner fortfahrend: Wir stehen auf dem Boden der freien Wirtschaft, rechnen aber mit den gegebenen Verhältnissen. Für uns handelt es sich um keine Frage der Politik.

Abg. Schmann (Komm.) begründet die Forderung seiner Gruppe, die Verordnung des Innenministers aufzuheben.

Abg. Graf (Soz.) stellt den Antrag, die Verordnung vom 11. Januar d. J. betr. Lockerung der Zwangswirtschaft für Geschäftsbäume dahin abzuändern, daß die Stadt Forzheim unter die Mietgrenze von 1300 M fällt. Die Industrieleiste Forzheim, deren Wohnungsverhältnisse keineswegs best seien wie die von Karlsruhe und Heidelberg, werde durch die jetzige Regelung schwer benachteiligt. Wo sollen wir hinkommen, wenn die Mietern für gewerbliche Räume und Läden andauernd gesteuert werden? Dem Antrag des Ausschusses, der die Regierung ersucht, mit der Lockerung der Zwangswirtschaft entsprechend den wirtschaftlichen Verhältnissen Wadens fortzufahren, vermag die sozialdemokratische Fraktion nicht zuzustimmen. Sie stellt sich im übrigen auf den Boden des kommunistischen Antrages.

Minister des Innern Dr. Nemele:

Wir haben pro und kontra gehört. Stellen Sie sich nun den armen Minister vor! Die Wohnungsfrage ist keine Frage der politischen Auffassung. Schon die Tatsache, daß der Minister einen Beschluß des Landtages nicht ohne weiteres vollzogen und es als selbstverständliche Pflicht erachtete, zu prüfen, ob der Beschluß durchgeführt werden kann, widerspricht der Meinung des Abg. von Au. Dadurch ist bewiesen, daß ein Beschluß des Landtages nicht ohne weiteres ein Befehl für den Minister bedeutet, zumal in einer so schwerwiegenden Frage wie das Wohnungsproblem. Es handelt sich hier um eines der schwersten Probleme der armen Volkswirtschaft. Mit Sozialisierung hat dies gar nichts zu tun. Ich könnte mir auf die Dauer bei verbesserten Verhältnissen eine Gebundenheit nicht denken, weil damit ein geordnetes wirtschaftliches Leben nicht aufrechterhalten werden kann. Es ist also nur ein Streit über das Tempo, dem einen geht es zu langsam, dem anderen zu schnell. Wir sind uns innerlich des Ministeriums bewußt, daß die Politik der Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse, Bedürfnisse und Notstände maßgebend für unsere Entscheidung sein muß. Ich würde es bedauern, wenn Parteien aus ihrer politischen Tendenz heraus zu diesem Problem Stellung nähmen.

Die Verhältnisse sind bei uns in Baden nicht gleichermäßen gelagert wie in Württemberg und Preußen. Die Regierung erklärt sich mit dem Ausschussbeschuß einverstanden. Dem Ministerium schwebte bei der Verordnung die Erwägung vor mit dem Abbau Erfahrungen zu sammeln. Der Minister bemerkt dazu, daß wir heute nicht nur Hausbesitzer alten Schlages haben, sondern auch die glückliche Ideologie in der Arbeiterschaft, möglichst zu einem eigenen Haus zu kommen. Hoffen wir auf einen wirtschaftlichen Aufstieg, der uns bald die völlig freie Wirtschaft ermöglicht.

Abg. Gündert (D. Bpt.) pflichtet dem Minister in seiner Auffassung über das Prüfungsrecht der Regierung bei. Gegenüber dem Abg. Graf bittet er für Forzheim, es bei der jetzigen Rechtslage zu belassen, der die Mehrheit des Stadtrats, wenn auch schweren Herzens, zugestimmt habe.

Abg. Hermann (Wirtsch. Vereinig.) verteidigt die Interessen der Hausbesitzer.

Abg. Schneider (Ztr.) stellt fest, daß das Zentrum durchaus wünsche, daß im Sinne seines Antrages fortgeföhren wird. Aber man habe es damit nicht eilig.

Abg. Dr. Woffhard (Dem.) teilt den Standpunkt des Ministers über die außerordentlichen Schwierigkeiten des Problems. Nur ein feiner Barometer des Wirtschaftslebens und Wohnungsmarktes könne den Ausschlag für die weitere Lockerung der Zwangswirtschaft geben. Auch auf seiner Seite würde